

P3

Projekt

Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018 in Hirschaid

Initiator*innen: Landesvorstand und Landesausschuss (beschlossen am:
17.03.2018)

Titel: Projekte zu Kapitel 3

Beschreibung

1 Demokratie stärken, politische Bildung fördern

2 Demokratie erhält sich nicht von selbst. Wir müssen sie täglich verteidigen,
3 erhalten und stetig erneuern. Das fängt an den Schulen an. Wir wollen, dass die
4 Kinder dort lernen, wie Demokratie funktioniert, verstehen, was sie ausmacht und
5 erfahren, wie sie sich anfühlt. Bayern ist leider Schlusslicht bei der
6 demokratischen Bildung. Wir weiten den Sozialkundeunterricht in allen Schularten
7 aus. Und wir sorgen nicht nur für die Theorie, sondern auch für das Erleben
8 von Demokratie in der schulischen Praxis: In allen Belangen der Schule sollen
9 die Schüler*innen künftig die Gelegenheit haben, sich zu informieren,
10 mitzureden und mitzuentcheiden. Darüber hinaus stärken wir die
11 außerschulische Demokratiebildung.

12 Zivilgesellschaft bei der Arbeit für Demokratie unterstützen

13 Ohne die Zivilgesellschaft, die den Nazis die rote Karte zeigt und Demokratie
14 und Vielfalt lebt, würde in Bayern nichts gehen. Wir schaffen deswegen ein
15 Landesprogramm, mit dem wir Unterstützungsmöglichkeiten für
16 bürgerschaftliche Bündnisse und unabhängige Beratungsstellen bereitstellen.
17 Das Förder- und Aktionsprogramm unterstützt freie Träger und Initiativen in
18 ihren Bildungs- und Präventionsmaßnahmen. Dafür stellen wir 1,3 Millionen in
19 den Haushalt.

20 Polizei personell und ressourcenmäßig gut ausstatten

21 Immer mehr Aufgaben, unzählige Überstunden und eine Pensionswelle - das sind
22 die Herausforderungen, vor der unsere Polizei steht. Wir wollen die Polizei von
23 weniger dringenden Aufgaben und durch mehr Tarifbeschäftigte entlasten, damit
24 sie mehr Zeit für die drängenden Aufgaben hat. Wir gleichen die
25 Pensionsabgänge aus und stellen die nächsten fünf Jahre zusätzlich 500 neue
26 Polizist*innen ein und verteilen das zusätzliche Personal je nach Bedarf
27 bayernweit. Auch muss der digitale Streifenwagen zur Arbeitserleichterung
28 endlich Realität in Bayern werden.

29 **Gewalt gegen Rettungskräfte, Feuerwehr und Polizei eindämmen**

30 Wir wollen nicht länger hinnehmen, dass Menschen, die anderen Menschen in
31 Notlagen helfen, Ziel von Angriffen werden. Gewalt gegen Sanitäter*innen,
32 Feuerwehrleute und Polizist*innen durch überwiegend männlich alkoholisierte
33 Täter vor allem in größeren Städten, an Wochenenden und zu Nachtzeiten,
34 nimmt zu. Wir wollen die Alkohol- und Gewaltprävention ausbauen, ein
35 Landeslagebild zur Aufschlüsselung der Taten und eine Dunkelfeldstudie
36 erstellen, sowie die Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen zur Deeskalation und
37 Selbstverteidigung der Helfer*innen ausweiten. Außerdem braucht es mehr
38 Opferschutz in Form von Beratungsangeboten. Wir schützen die Einsatzkräfte!

39 **Bürger*innennahe und transparente Polizei**

40 Uniformierte Polizeibeamt*innen sollen in Zukunft eine individuelle Nummer oder
41 – falls gewünscht – ihren Namen sichtbar tragen. Damit verstärken wir das
42 Vertrauen in unsere Polizei und schützen wir Polizist*innen vor falschen
43 Anschuldigungen. Die Nummern sollen nach einer festgelegten Zeit abgeändert
44 werden, so dass keine Datensammlungen zu einzelnen Polizeibeamt*innen erfolgen
45 können. Andere Bundesländer haben damit gute Erfahrungen gemacht und wir
46 kommen einem Urteil des Europäischen Menschenegerichtshofs nach. Wir richten
47 auch eine unabhängige Polizeibeauftragtenstelle ein. Diese stärkt das
48 partnerschaftliche Verhältnis zwischen Bürger*innen und Polizei, unterstützt
49 die Bürger*innen im Dialog mit der Polizei und ist Ansprechperson sowohl für
50 die Bürger*innen als auch für die Polizist*innen. So geht Transparenz und
51 Bürger*innennähe!

52 **Unabhängigkeit der Justiz**

53 Anders als auf Bundesebene und in den anderen Ländern werden in Bayern die
54 Richterinnen und Richter des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes mit einfacher
55 Mehrheit im Landtag gewählt. Wir werden auch für diese Wahlen einführen, dass
56 eine 2/3-Mehrheit erforderlich ist. Somit wäre eine Verständigung der
57 Landtagsmehrheit mit der Opposition erforderlich. Dies wird dem Gericht noch
58 mehr Ansehen verschaffen und verhindern, dass es sich dem Verdacht ausgesetzt
59 sieht, nach CSU-Parteipolitik ausgewählt worden zu sein.

60 **Angemessene Ausstattung für eine gerechte Justiz**

61 Die Justiz schützt unsere Bürger*innenrechte und bewahrt unsere Demokratie.

62 Damit sie ihren wichtigen Aufgaben nachkommen kann, braucht sie ausreichend
63 Personal und eine gute Ausstattung. Mit uns gibt es mehr Richter*innen, mehr
64 Justizmitarbeiter*innen und mehr Beschäftigte im Justizvollzug. Dadurch wird
65 die Arbeitsbelastung der Beschäftigten in der Justiz auf ein vernünftiges Maß
66 reduziert, vor allem aber hilft das den Menschen, die sich an die Justiz wenden.
67 Dadurch werden die Prozesse schneller und besser bearbeitet. Die Justiz sichert
68 die Rechte der Menschen – wir sichern die Arbeitsfähigkeit der Justiz!

69 **Wahlalter 16**

70 Entscheidungen sollen auch von denen getroffen werden, die sie in Zukunft
71 mitzutragen haben. Deswegen wollen wir das Wahlalter 16 bei allen Wahlen und
72 Volks- und Bürgerentscheiden. Jugendliche haben ein Recht, stärker als bisher
73 an demokratischen Prozessen teilzuhaben! In vielen Bundesländern gibt es das
74 aktive Wahlalter schon lange – wir brauchen es jetzt auch endlich in Bayern.

75 Damit Jugendliche ihr Wahlrecht informiert ausüben können, wollen wir sie
76 umfassend vorbereiten. Politische Bildung muss deshalb in den Lehrplänen der
77 Schulen bereits wesentlich früher angesiedelt werden. Durch gezielte
78 Informationsprogramme sollen die Schülerinnen und Schüler auf die Wahrnehmung
79 ihres Wahlrechts vorbereitet werden.

80 **Parité in der Politik herstellen**

81 Demokratie geht nur geschlechtergerecht - denn Grundprämisse unserer Demokratie
82 ist, dass alle relevanten Teile der Bevölkerung angemessen repräsentiert
83 werden. Nur so kann garantiert werden, auch wirklich die Interessen aller zu
84 berücksichtigen. Der Frauenanteil stagniert in den Parlamenten auch 100 Jahre
85 nach Einführung des Frauenwahlrechts bei rund einem Drittel. Deswegen braucht
86 es eine verbindliche gesetzliche Regelung zur paritätischen Besetzung von
87 Kandidierendenlisten und Wahlkreisen durch alle politischen Parteien für die
88 Kommunal-, Landtags-, Bundestags- und Europawahlen: das Paritégesetz.

89 **Hilfesystem für gewaltbetroffene Frauen und ihre Kinder ausbauen**

90 Mindestens 55.000 Frauen in Bayern werden jährlich Opfer von sexualisierter
91 Gewalt. Über 140.000 Frauen erleben häusliche Gewalt. Wer Hilfe sucht, steht
92 oft vor verschlossener Tür: Die Ausstattung und Finanzierung der Frauenhäuser
93 und Notrufe im Freistaat ist beschämend schlecht. Wir GRÜNEN setzen uns für
94 den Ausbau von Frauenhäusern, Frauennotrufen und Fachberatungsstellen ein. Der
95 besondere Bedarf von Frauen und Mädchen mit Behinderung muss dabei
96 berücksichtigt werden. Wir sorgen für ausreichend betreute Übergangswohnungen
97 für gewaltbetroffene Frauen sowie ein konkretes Schutzkonzept für weibliche
98 Geflüchtete und ihre Kinder in den Unterkünften. Zusätzlich werden wir ein
99 umfassendes Präventionsprogramm gegen Belästigung und sexualisierte Gewalt
100 auflegen sowie eine unabhängige Ombudsstelle einrichten, an die sich Betroffene
101 wenden können.

102 **Aktionsplan für Antidiskriminierung, Gleichstellung und Akzeptanz sexueller**

103 **Vielfalt**

104 Wir werden einen landesweiten Aktionsplan für Antidiskriminierung,
105 Gleichstellung und Akzeptanz sexueller Vielfalt auflegen, der auf der einen
106 Seite auf Aufklärung und Bildung und auf der anderen Seite auf Schutz vor Hass
107 und Diskriminierung setzt. Neben Initiativen aus der LSBTIQ*-Community werden
108 wir dafür gesellschaftliche Gruppen und Verbände sowie Ministerien an einen
109 Runden Tisch holen. Wir wollen eine landesweite Antidiskriminierungsstelle
110 einrichten sowie Unterstützungs- und Beratungsangebote für LSBTIQ* auf- und
111 ausbauen - insbesondere im ländlichen Raum und für LSBTIQ*, die aufgrund einer
112 Behinderung, einer Flucht oder von Rassismus mehrfache Diskriminierung erfahren.
113 Wir wollen die Sensibilisierung an Schulen und in der Ausbildung von
114 Lehrer*innen sowie von Fachkräften bei Polizei, Verwaltung und im
115 Gesundheitswesen deutlich erhöhen.

116 **Coming out auf dem Land**

117 Eine aktuelle Studie des Deutschen Jugendinstituts belegt, dass 44% der
118 befragten Jugendlichen zwischen 14 und 21 Jahren aufgrund der sexuellen
119 Orientierung oder geschlechtlichen Identität bereits persönlich im Bildungs-
120 oder Arbeitskontext diskriminiert wurden. Insbesondere Jugendliche im
121 ländlichen Raum haben keine qualifizierten Anlaufstellen, an die sie sich in
122 dieser zutiefst verunsichernden Zeit des Coming Outs wenden können.

123 Wir wollen flächendeckend niederschwellige Beratungsangebote im ländlichen
124 Raum schaffen, die die LSBTIQ*-Jugendlichen in ihrer Entwicklung ernstnehmen,
125 sie in ihrer Identitätssuche stärken und ihnen konkrete Unterstützung
126 anbieten.

127 **Regionale Kulturförderung**

128 Bayern ist seit über zweihundert Jahren ein hierarchisch strukturierter
129 Zentralstaat. Was lange Zeit ein Vorteil war, ist heute oft hinderlich. Statt
130 von München aus zentral und willkürlich zu entscheiden, welche regionalen
131 Einrichtungen und Projekte Mittel erhalten, suchen wir neue Wege zu mehr
132 Mitbestimmung vor Ort. Die Verlagerung der Entscheidungskompetenzen in die
133 Hände von lokalen Gremien und Kreativen wird die Vernetzung von
134 Kulturschaffenden und kommunalen Verantwortlichen fördern, Planbarkeit
135 schaffen, neue Impulse setzen sowie die Identifikation mit den Regionen
136 stärken. In einem ersten Schritt werden wir in einem Modellversuch das
137 erfolgreiche sächsische Kulturraumgesetz an die Besonderheiten Bayerns
138 anpassen, die gemeinsame Selbstverwaltung der Einrichtungen unterschiedlichster
139 Träger in einer ausgewählten Region erproben und dafür zusätzliche Mittel
140 bereitstellen.

141 **Förderung von Vielfalt und Diversität in der Kulturarbeit**

142 Kultureinrichtungen wie Theater, Museen, Opern- oder Konzerthäuser spiegeln
143 meist die Vielfalt unserer Gesellschaft nicht wider – weder auf noch hinter

144 der Bühne. Um das zu ändern, brauchen wir einen Perspektivwechsel: Statt sich
145 im Wesentlichen darauf zu beschränken, neues Publikum an den bestehenden
146 Kulturbetrieb heranzuführen, müssen auch die kulturellen Institutionen sich
147 stärker mit unserer demokratisch und vielfältig gewandelten Gesellschaft
148 auseinandersetzen. Jede Institution muss ihre eigene Vielfalt und Diversität
149 analysieren, muss Zielvorgaben und Maßnahmenpläne erarbeiten, im Hinblick z.B.
150 auf die Anteile von Frauen und Männern, von Menschen mit Migrationshintergrund,
151 von Bildungs- und sozialen Schichten sowie Altersgruppen. Wir werden dazu mit
152 allen staatlichen und staatlich geförderten Einrichtungen Zielvereinbarungen
153 abschließen.

154 **Gebt das Hanf frei**

155 Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1994 muss endlich auch in Bayern
156 umgesetzt werden: der Besitz geringfügiger Mengen zum Eigengebrauch darf nicht
157 mehr zu Strafverfolgungsmaßnahmen und teuren und aufwändigen Polizeieinsätzen
158 führen. Wir entkriminalisieren damit die Cannabiskonsument*innen und entlasten
159 die Polizei! Darüber hinaus brauchen wir auf Bundesebene endlich ein
160 Cannabiskontrollgesetz, bei dem der Verkauf nur in lizenzierten Fachgeschäften
161 an Volljährige ermöglicht wird. Auch Anbau und Vertrieb und kommerzieller
162 Anbau muss dort geregelt werden. Den Jugendschutz werden wir durch klare
163 Altersgrenzen und den Verbraucherschutz für Volljährige durch klare Gesetze
164 sicherstellen. So geht vernünftige Drogenpolitik im Jahre 2018!